

Änderungsantrag der Fraktion **DIE LINKE****Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2012 und 2013****Antidiskriminierung**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	41	Jugend und Soziales
Produktbereich:	41.01	Hilfen für junge Menschen und Familien
Produktgruppe:	41.01.05	Bürgerschaftliches Engagement, Selbsthilfe, Familienpolitik

Der Anschlag bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2012 von 1 331 T€ um 85 T€ auf 1 416 T€ erhöht.

Der Anschlag bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2013 von 1 316 T€ um 85 T€ auf 1 401 T€ erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der Haushaltsplan wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	04	Jugend und Soziales, Ausländerintegration
Kapitel:	0401	Allgemeine Bewilligungen Soziales
Titel (neu):	684 01-8	Zuschüsse zur Vernetzung von Beratungsstellen für von Diskriminierung Betroffenen

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2012 von 25 000 € eingestellt.

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2013 von 25 000 € eingestellt.

Erläuterung

Die eingesetzten Mittel dienen zur Unterstützung der Vernetzung der verschiedenen Beratungsstellen für von Diskriminierung Betroffenen. Bislang ist der entsprechende Beschluss der Bürgerschaft zum Aufbau eines Netzwerks nicht mit Mitteln hinterlegt.

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	04	Jugend und Soziales, Ausländerintegration
Kapitel:	0401	Allgemeine Bewilligungen Soziales
Titel (neu):	531 01-7	Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit der zentralen Antidiskriminierungsstelle des Landes Bremen

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2012 von 60 000 € eingestellt.

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2013 von 60 000 € eingestellt.

Erläuterung

Analog zur Antidiskriminierungsstelle des Bundes soll mit diesen Mitteln eine Beratungsstelle finanziert werden, die in der Lage ist, jegliche diskriminieren-

den Tatbestände (z. B. aufgrund des Geschlechts, der Herkunft, der sexuellen Orientierung, Behinderung) fachlich zu berücksichtigen.

Die Gegenfinanzierung soll über die Erhöhung des Anschlags „Gewinne aus Beteiligungen an Hafengebühren“ erfolgen.

Klaus-Rainer Rupp,
Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE